

## Oeffentliche Verhandlungen der Stadtverordneten

vom 2. April 1869.

(Auf Grund des Protokolls bearbeitet und veröffentlicht.)

Vom Vorsteher Adv. Anschütz wurden die seit letzter Plenar-  
sitzung eingegangenen Vorlagen, und zwar zunächst folgende Rath-  
beschlüsse vorgetragen.

1) Die Benedix'schen Erben verkaufen ein ihnen gehöriges, an  
der Pleiße, gelegenes Areal von ca. 1173 □ Ellen an die Stadt  
zu dem Preise von 2 Thlr. 20 Ngr. für die □ Elle;

2) Frau Hennigke macht sich verbindlich, das von ihr bewohnte,  
in der Rosenthalgasse gelegene Haus bis zum 15. Februar 1870  
abzubrechen und bis zu diesem Termine das zu Führung der  
Straße erforderliche an der Rosenthalgasse gelegene Areal der  
Stadt eigenthümlich zu übergeben;

3) Frau Hennigke ist berechtigt, bis zum 15. Januar 1870  
das sodann abzubrechende Haus unentgeltlich zu bewohnen. Das  
durch den Abbruch gewonnene Material, das in der Rosenthalgasse  
liegende Troctvir vor dem abzutretenden Areal nebst eisernem  
Stadter verbleiben der Frau Hennigke eigenthümlich. Die künftige  
Einfriedigung des ihr verbleibenden Areals führt Letzgenannte auf  
ihre Kosten aus;

4) die Stadt gewährt der Frau Hennigke 5000 Thlr. Ent-  
schädigungssumme — 4000 Thlr. bei Vollziehung des Ueberlassungs-  
vertrags über das sub 1 erwähnte Areal und spätestens am  
31. Mai d. J., und 1800 Thlr. bei Uebergabe des sub 2 er-  
wähnten Areals;

5) die Stadt überläßt ferner der Frau Hennigke, ohne von  
dieser eine weitere Entschädigung zu beanspruchen, das sub 1 er-  
wähnte Areal eigenthümlich;

6) die durch die abzuschließenden Verträge erwachsenden Kosten  
mit Ausnahme der auf Seiten der Frau Hennigke entstehenden  
außergerichtlichen übernimmt die Stadt.

Die Stadt würde zur Erwerbung des Hennigke'schen Haus-  
grundstücks sonach 8928 Thlr. aufzuwenden haben.

Der Rath erachtet dieses Opfer nicht zu hoch, in Betracht der  
großen Vortheile, welche die schnelle Durchführung des Bebauungs-  
planes für die Stadt mit Rücksicht auf den öffentlichen Verkehr  
haben werde, hebt ferner hervor, daß Frau Hennigke ganz be-  
sondres Gewicht auf Erwerbung des Areals unter 1 lege, wozu  
die Benedix'schen Erben wesentlich beigetragen, wenn schon die  
schnelle Regelung der Angelegenheit ihr Interesse fördere, und  
bittet beschleunigte Berathung und Zustimmung, weil  
Frau Hennigke für den Fall der Ablehnung obigen Abkommens  
gegen den Bebauungsplan und die Expropriation ihres Grundstücks  
Widerspruch erhoben und solchenfalls das im Gesetz vom 11. Juni 1868  
vorgeschriebene Verfahren einzutreten haben würde.

Herr Director Käser wünscht Verweisung der Vorlage an  
den Bauausschuß, da das getroffene Abkommen wesentlich im  
Interesse der Frau Hennigke abgeschlossen zu sein scheint.

Herr Wehner befürwortet dagegen die sofortige Berathung  
dieses Gegenstandes, weil die baldige neue Umgestaltung des in  
Frage stehenden Stadttheils von großem Vortheile sei und durch  
Berathung im Ausschusse eine Verzögerung herbeigeführt werde,  
auch, seiner Ansicht nach, zu einem andern Resultate im Wesent-  
lichen nicht zu gelangen sein möchte.

Dem entgegen hält Herr Dir. Käser ein, daß sich jetzt noch  
gar nicht absehen lasse, was der Ausschuß an dem Abkommen  
etwa zu bemängeln habe; so viel sei ihm aber klar, daß das Zu-  
standekommen desselben am meisten im Interesse der Frau Hennigke  
und der Benedix'schen Erben sei. Dadurch, daß der Rath die  
Sache sehr dringlich mache, dürfe man sich nicht bewegen lassen,  
ohne Prüfung Zustimmung zu ertheilen. Hierauf entschied sich  
die Versammlung für Verweisung der Vorlage an den Bauausschuß.  
Die Rathszuschrift bezüglich der Uebersendung der Kanitz'schen  
Stadtpläne des Collegiums an den Rath behufs ihrer Bevoll-  
ständigung wurde mitgetheilt, ebenso, daß vom städtischen Statisti-  
schen Bureau 50 Exemplare des Berichtes über „Leipzig's Bevöl-  
kerung“ eingegangen sind und beim Bureau entnommen werden  
können.

Zur Tagesordnung übergehend berichtete der Vorsitzende des  
Ausschusses zur Gasanstalt über den Erweiterungsbau der Gas-  
anstalt. Der Rath schreibt hierüber u. A.:

„Nachdem unser Beschluß von der Erbauung einer zweiten  
Gasanstalt abzusehen und die gegenwärtige Anstalt auf ihrem der-  
maligen Plage durch einen Erweiterungsbau zu vergrößern, Ihre  
Zustimmung gefunden hat, beehren wir uns, begehend Ihnen die  
Pläne und Kostenanschläge darüber vorzulegen. Außerdem fügen  
wir einen Vortrag des Herrn Dir. Westerholz, ein Gutachten des  
Herrn Prof. Baumgärtel in Hof, ein Gutachten des Herrn Prof.  
Dr. Kolbe hier und eine Erklärung des Herrn Dir. Westerholz  
über diese Gutachten bei. Herr Dir. Westerholz beabsichtigt, die  
vorhandene Anstalt durch Errichtung völlig neuer, einen in sich  
abgeschlossenen Betrieb gestattender Fabricationsgebäude und Uten-

ilien auf dem nördlich an die alte Fabrik unmittelbar angren-  
zenden Areal zu erweitern. Allerdings sollen alle diese neuen  
Anlagen mit der alten Fabrik in unmittelbarem Zusammenhange  
bleiben und in einheitlichem Betriebe bewirthschaftet werden. Da  
aber der Neubau durchaus als selbstständige Gasanstalt behandelt  
ist, so soll sich derselbe von der alten Anstalt sofort durch Abschluß  
der Verbindungsrohren isoliren lassen.

Herr Prof. Baumgärtel hat dagegen nicht einen Erweiterung-  
bau, nicht die Herstellung neuer in sich abgeschlossener Anlagen,  
sondern den Umbau der alten Anstalt im Auge und er weicht von  
diesem Princip nur insoweit wieder ab, als er den neu zu er-  
bauenden Gasometer ebenfalls außerhalb des Bereichs der jetzigen  
Anstalt an der Grenze des von dem Westerholz'schen Erweiterung-  
bau beanspruchten Areals aufgestellt wissen will.

Wir haben uns für die Annahme des Westerholz'schen Pro-  
jectes ausgesprochen, nicht weil wir das entscheidende Gewicht auf  
den übereinstimmenden Beschluß der städtischen Körperschaften, daß  
„ein Erweiterungsbau“ hergestellt werde, zu legen gemeint sind —  
denn das würde schließlich zu einem Streit um Worte führen, da  
durch einen Umbau eine Erweiterung der Anstalt würde herbei-  
geführt werden können — sondern weil wir dieses Project in der  
That für sicherer und, besonders unter den hiesigen Verhältnissen,  
für zweckmäßiger erachten. Wir betrachten es nämlich als einen  
nicht hoch genug anzuschlagenden Vortheil, unserer Stadt den un-  
geschmälerten Bezug ihres Gasbedarfs selbst in dem hoffentlich  
nicht eintretenden Falle zu sichern, daß die alte oder neue Fabrik  
durch irgend ein unglückliches Ereigniß genöthigt würde, ihren  
Betrieb einzustellen. Wir können uns aber auch der Befürchtung  
nicht entschlagen, daß der beinahe völlige Umbau der alten Anstalt  
im Baumgärtel'schen Sinne nothwendig mit Störungen des Be-  
triebs verbunden sein müsse, die für unser Verkehrsleben nicht  
bloß unerträgliche Beschwerden, sondern die härtesten Nachteile  
zur Folge haben würden. Diese Nachteile wiegen nach unserer  
Ansicht den mit zuverlässigen Zahlen ohnehin nicht bezifferten  
Kostenunterschied auf, der zwischen beiden Projecten obwalten  
könnte.“

Der Rath führt hierauf, in vollständig erschöpfendem Maße  
die Einzelheiten beider Projekte besprechend, die Gründe für und wider  
dieselben an und kommt, nachdem er dem Collegium die Zusage  
der Vergebung sämtlicher in den Anschlägen enthaltenen Arbeiten  
an die Mindestfordernden im Wege der Submission, jedoch mit  
Vorbehalt der Auswahl unter den Vicitanten, gemacht hat, zu den  
Beschlüssen:

1) die städtische Gasanstalt durch einen Erweiterungsbau nach  
Maassgabe der Pläne und Kostenanschläge zu vergrößern, und  
2) zu diesem Behufe der Gasanstalt — außer den bereits ver-  
ausgaben 14,457 Thlr. 5 Ngr. 4 Pf. für Rohrlegung in der  
Blücher- und Hospitalstraße und für die Baumgärtel'sche Liquida-  
tion, letztere im Betrag von 271 Thlr. 10 Ngr. noch zu be-  
willigen — die Summe von 254,314 Thlr. 4 Ngr. 6 Pf. aus  
der neuen Anleihe gegen Verzinsung mit 4 1/2 % und 2 % jähr-  
liche Amortisation darlehnsweise vorzuzustrecken, zu welchen der Rath  
die Zustimmung der Stadtverordneten nachsucht.

Weiter schreibt der Rath:

„Ihr den Erweiterungsbau betr. Rückschreiben vom 10. De-  
cember vor. J. enthält noch zwei Punkte, welche der Beantwor-  
tung bedürfen. Einmal die Erklärung, daß die Vorlage über die  
Präliminarfrage des Erweiterungsbau's noch vor Eingang der  
Gutachten zu erwarten gewesen wäre, und zweitens den Antrag  
auf Erörterung der von Herrn Gruner im vorigen Jahre wegen  
Uebernahme der Gasanstalt gemachten Propositionen und auf  
Angabe der Gründe, aus denen diese Propositionen von uns an-  
geblüch „ohne Weiteres“ zurückgewiesen worden. In ersterer Be-  
ziehung bemerken wir auf Grund unserer Acten Folgendes:

Nach eingehender Prüfung der Westerholz'schen Vorlagen er-  
stattete unsere Deputation bereits im November 1867 Bericht über  
die Vorfrage für den projectirten Bau. In Betracht der Wichtig-  
keit des Gegenstandes mußten wir es indes für gerathen halten,  
auch über die Vorfrage zunächst das Gutachten Sachverständiger  
zu hören. Noch im December erfolgte deren Ernennung und schon  
am 29. Februar vor. J. gelangte das Gutachten des Herrn Prof.  
Baumgärtel zu den Acten. Allerdings konnte dieses für sich allein  
und so lange das Gutachten des anderen Sachverständigen fehlte,  
nach dem einmal gefassten Beschlusse für weitere Schritte nicht  
maassgebend sein. Erst am 24. October vor. J. erhielten wir das  
Gutachten des Herrn Prof. Kolbe.

(Die Ursache der Verspätigung bezeichnet Herr Prof. Kolbe als  
in der durch Neubau des chemischen Laboratoriums und der Ueber-  
siedelung in dasselbe beschränkten Zeit liegend.)

Schon am nächsten Tage, den 25. October 1868 erstattete unsere  
Deputation anderweiten Vortrag; am 28. October beschloffen wir  
den Ausbau auf dem bisherigen Plage der Anstalt; unter dem  
2. November 1868 wurde dieser Beschluß Ihnen mitgetheilt.

Etwas Weiteres glauben wir nicht beifügen zu sollen, um uns  
vor dem Vorwurfe irgend welcher Verzögerung zu verwahren.

Anlangend das Anerbieten des Herrn Gruner, so lag für uns  
keine Veranlassung vor in dieser Angelegenheit, welche den Cha-

rakter  
Ihnen  
demnach  
und wü  
der St.  
trachtet  
Wir  
abgehe  
öffenlic  
Grunde  
Anie zu  
und das  
der vor  
nehmen  
Wir  
erkennu  
Ausdruc  
Entwer  
reichen  
auf nu  
abgiebt  
Der  
schaffe  
„E  
der Bo  
Aufgab  
Fragen  
gemöbn  
treten  
schwerf  
macht.  
Bei  
Stadt,  
Assoc  
Licht  
Fragen  
die grö  
die gef  
derselb  
aufzum  
Frage  
W  
noch a  
liegend  
ist er  
puncte  
ausfch  
Laufe  
worde  
Z  
rückho  
einem  
beleud  
geben  
die Le  
einfest  
hergel  
werde  
A  
mind  
denne  
der F  
gut g  
der  
ansta  
vom  
ausg  
derse  
größ  
auch  
Ted  
ihne  
trag  
88  
ran  
W  
nit  
grü  
Ge  
Le  
Fr  
de  
ja